

## Jugendbeteiligung

Unser Beitrag zur Entwicklung einer eigenständigen Jugendpolitik

Der BDKJ Speyer hat folgendes Positionspapier beschlossen:

### 1 **Beteiligt uns!**

2 Jugendbeteiligung als elementarer Baustein einer „guten  
3 Jugendpolitik“  
4

5 Junge Menschen prägen, nicht zuletzt durch ihr Engagement in Jugendverbänden, Staat,  
6 Kirche und Gesellschaft heute und in Zukunft entscheidend mit. Ihre Perspektive, ihre  
7 Bedürfnisse und Forderungen sowie ihre Beteiligung an politischen Prozessen und Entschei-  
8 dungen sind wichtig: Jugendliche sind die Expert\_innen ihrer Generation. Als solche sind  
9 sie nicht nur Objekte der Jugendpolitik, sondern vielmehr Akteure und Handelnde im poli-  
10 tischen Geschehen. Jugendliche wollen - und können - Politik insbesondere im Hinblick auf  
11 ihre eigenen Belange mitgestalten. Politik braucht die aktive Beteiligung von Jugendlichen  
12 an politischen Entscheidungen.<sup>1</sup>

13 Auf Grundlage dieser Überzeugung gestalten wir in den Jugendverbänden des BDKJ unser  
14 Miteinander und hieraus erwächst unsere Struktur und Organisation. Wir erleben in unse-  
15 ren Verbänden Kinder und Jugendliche, die politisch interessiert sind und ein hohes Maß an  
16 Motivation mitbringen, Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen demokratisch zu  
17 treffen und mitzutragen. Demokratie wird in den Jugendverbänden durch die Selbstorgani-  
18 sation zu einem erlebbaren Schatz: nur dann, wenn sie gelebt wird kann sie kostbares Gut  
19 erfahren werden.

20 Das jugendpolitische Handlungsprinzip des BDKJ stellt die Bedürfnisse und Interessen von  
21 Jugendlichen in den Mittelpunkt und spricht sich gleichzeitig für ein solidarisches Mitei-  
22 nander der Generationen aus. Mit der Strategie „U28 - Die Zukunft lacht“ möchte der BDKJ  
23 den Prozess der Etablierung einer eigenständigen Jugendpolitik unterstützen, damit Ju-  
24 gendpolitik zu einer ressortübergreifenden Querschnittsaufgabe wird. Die Entwicklung  
25 einer eigenständigen Jugendpolitik wird vom Bund, aber auch in einigen Bundesländern  
26 derzeit forciert. So entwickelt das rheinland-pfälzische Ministerium für Integration, Fami-  
27 lien, Kinder, Jugendliche und Frauen (MIFKJF) derzeit mit der Initiative  
28 „JES! Jung. Eigenständig. Stark“ eine eigenständige und ressortübergreifende Jugendpoli-  
29 tik. Wir begrüßen diese Initiativen auf Landes- und Bundesebene ausdrücklich und melden  
30 uns mit diesem Beitrag zu Wort, um unsere Sicht und unsere Forderungen in den aktuellen  
31 Prozess einzubringen.  
32

### 33 **Die Frage der Beteiligungschancen Jugendlicher ist eine Frage der Generationengerechtigkeit**

34 Die Folgen des demographischen Wandels sind eine große Herausforderung, nicht zuletzt  
35 für die Frage der Generationengerechtigkeit bei politischen Entscheidungen. Jugendliche  
36 wachsen heute in einer alternden Gesellschaft auf. Schon heute stellen Rentner\_innen bei

---

<sup>1</sup> Als BDKJ haben wir uns zu diesem Thema schon in unterschiedlichen Zusammenhängen positioniert und zu Wort gemeldet. Auf Diözesanebene geschah dies bspw. mit dem „Jugendpolitischen Papier“ (1999). In der jüngeren Vergangenheit befasste sich auch der Bundesverband stark mit der Thematik: vgl. u.a. „Absenkung des Wahlalters“ 2006, „Jugend beteiligen“ 2011 und „Gerechte Generationenpolitik - zukunftsfähig und solidarisch“ 2013.

1 den Bundestagswahlen rund ein Drittel aller potentiellen Wähler\_innen. Künftig werden sie  
2 die größte Gruppe der Wahlberechtigten ausmachen. Bei knapper werdenden finanziellen  
3 Ressourcen darf es dabei nicht zu einem Konflikt der Generationen kommen. Im Sinne der  
4 Initiative des BDKJ „U28 - Die Zukunft lacht“ setzen wir uns für ein solidarisches Miteinan-  
5 der der Generationen ein. Neben inhaltlichen Fragen in den verschiedenen politischen  
6 Handlungsfeldern steht für uns die Frage nach den Beteiligungschancen der unterschiedli-  
7 chen Generationen an Entscheidungsprozessen im Mittelpunkt.

### 9 **Echte Jugendbeteiligung ermöglichen**

10 In den vergangenen Jahren waren Jugendliche vor allem Objekte der Politik: Aus der Per-  
11 spektive der „erwachsenen“ Gesellschaft heraus wurde Politik für Jugendliche gestaltet.  
12 Jugendliche wurden nicht von Anfang an eingebunden, sondern höchstens mit dem Ergeb-  
13 nis eines politischen Diskurses konfrontiert.

14 Echte Beteiligungsmöglichkeiten müssen für unter 18-Jährige schnellstmöglich ausgeweitet  
15 werden, damit junge Menschen als politisch handelnde Subjekte unserer Gesellschaft ernst  
16 genommen werden und sie ihre Interessen selbst vertreten können. Dazu ist auch eine  
17 Überarbeitung unseres demokratischen Instrumentariums notwendig.

18 Jugendverbände sind Orte gelebter Demokratie. In ihnen können junge Menschen sowohl  
19 ihre Tätigkeit selbstorganisiert gestalten und mitverantworten (vgl. §12 SGB VIII), als auch  
20 ihre Interessen und Anliegen zum Ausdruck bringen.

21 Unsere guten Erfahrungen, unser Potential, unser Wissen um die Bereitschaft zur Über-  
22 nahme von Verantwortung durch junge Menschen verpflichtet uns, unsere eigenen Struktu-  
23 ren und Beteiligungsformen beständig weiterzuentwickeln und ermutigt uns, auch in ande-  
24 ren gesellschaftlichen Bereichen für die konsequente Beteiligung junger Menschen einzu-  
25 treten.

26 In der verbandlichen Jugendarbeit erleben wir, dass Partizipation dann gelingt, wenn Be-  
27 fähigung und Beteiligung eng aufeinander abgestimmt sind. Beides - Befähigung und Betei-  
28 ligung - ist wichtig und muss seinen je eigenen Stellenwert haben: Neben dem Erlernen  
29 und Einüben von Politik (bspw. in Jugendparlamenten oder bei der politischen Rollenspie-  
30 len wie etwa der U18-Wahl), müssen Jugendliche die Möglichkeit erhalten, aktiv und un-  
31 mittelbar - also in eigener Vertretung - an gesellschaftlichen und politischen Entscheidun-  
32 gen mitzuarbeiten.

### 34 **Handlungsfelder**

#### 36 **Politische Bildung**

37 Die Beteiligung junger Menschen erfordert eine frühestmögliche politische Bildung, die  
38 sowohl politische Strukturen, als auch ein fundiertes demokratisches Grundverständnis  
39 vermittelt und Kinder und Jugendliche zur politischen Teilhabe befähigt.

- 40 • Die demokratische Mitbestimmung in Schulen, Hochschulen und in Betrieben ist für  
41 Kinder und Jugendliche ein wichtiges Lernfeld der politischen Partizipation und  
42 muss ausgeweitet werden.
  - 43 ○ Wir fordern den Ausbau der Eigenständigkeit demokratischer Gremien  
44 schon in der Grundschule sowie ergänzende Mitsprachemöglichkeiten für  
45 alle Beteiligten an Belangen des Schulalltags (Klassenrat, Schulparlament  
46 etc.)<sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> Vgl. Schulpolitisches Grundlagenpapier des BDKJ Speyer/ Beschluss Nr. 4 der Diözesanversammlung, 5.5.2013

- Wir fordern schulformübergreifend Sozialkundeunterricht ab der siebten Klassenstufe.

- Wir fordern den Ausbau der Angebote der Landeszentralen für politische Bildung und die Ausweitung der Förderung von Modellprojekten der politischen Beteiligung von Jugendlichen.
- Wir fordern die Einführung von Förderprogrammen zur Jugendbeteiligung sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene (in Rheinland-Pfalz und dem Saarland), durch welche der Dialog zwischen Jugend, Politik und Verwaltung gefördert wird.
- Die finanzielle Ausstattung von Jugendverbänden, die Kindern und Jugendlichen echte Beteiligung ermöglichen und Werkstätten der Demokratie sind, muss gesichert sein.

### Qualifizierte Beteiligung

Ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung von Beteiligungsprozessen ist die Unterscheidung zwischen der Beteiligung in Form von Abstimmung über bereits entwickelte Entscheidungsalternativen (Befragung) und echte Einbindung in politische Entscheidungsprozesse von Beginn an. Die Beteiligung von Jugendlichen am politischen Diskurs muss eine qualifizierte Beteiligung im zweiten Sinne sein. Durch die Einführung von Beteiligungsstandards kann Beteiligung zu dem werden, was sie sein sollte: reale Gestaltungsmöglichkeit und das Recht auf Mitsprache von Beginn an!

- Wir fordern eine konsequente und ergebnisoffene Einbindung Jugendlicher in die Entwicklung einer landes- bzw. bundesweiten Jugendpolitik.
- Wir fordern langfristige, verlässliche und vielfältige Beteiligungsformen, welche die Lebenswelten von Jugendlichen berücksichtigen.
- Wir fordern, dass Jugendliche im Sinne einer ressortübergreifenden Jugendpolitik nicht nur in jene Themen eingebunden werden, welche sie mutmaßlich interessieren bzw. betreffen könnten: Jugendliche sollen in allen Themenbereichen, z.B. auch bei finanziellen Fragen, juristischen Überlegungen etc. mitbestimmen können.<sup>3</sup>
- Wir fordern adäquate Information und verbindliche Kommunikation bzgl. der Umsetzung von Beteiligungsprojekten: Ergebnisse müssen zeitnah, transparent und auf jugendgerechte Weise kommuniziert werden.
- Wir fordern, dass Entscheidungen in Beteiligungsprojekten von gewählten Jugendlichen getroffen werden.

### Jugendbeteiligung in der Kommune

Kommunale politische Entscheidungen haben direkte Auswirkungen auf das Leben Jugendlicher. Dennoch können sie ihre Belange oft nicht adäquat einbringen, weil sprachliche Hürden oder unbekannte Abläufe und Strukturen kommunalpolitischer Entscheidungen sie daran hindern.

Wir fordern dazu auf, Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene einfacher als bisher möglich zu machen:

- In Kommunalparlamenten muss es mehr Beteiligungsrechte für junge Menschen geben. Sie müssen Fragen stellen, Vorschläge einbringen, und selbst befragt werden können.<sup>4</sup> In diesem Kontext unterstützen wir ausdrücklich die Empfehlung der Enquete-Kommission des rheinland-pfälzischen Landtages zur Bürgerbeteiligung, den Einwohnerantrag<sup>5</sup> umzugestalten. Mit der Verkürzung des Mindestabstand zwischen

<sup>3</sup> Vgl. z.B. „Jugend beteiligen“ 2011 und „Gerechte Generationenpolitik - zukunftsfähig und solidarisch“ 2013.

<sup>4</sup> Vgl. Kommunalverfassung für Mecklenburg-Vorpommern vorsieht (§17).

<sup>5</sup> Mit einem Einwohnerantrag (Saarland), bzw. einem Bürgerbegehren (RLP) können Bürger (in RLP und dem Saarland ab dem 16. Lebensjahr) beantragen, dass dem Gemeinderat einen bestimmter Sachverhalt zur Beratung und

1 zwei Einwohneranträgen auf ein Jahr, der Senkung des Mindestalters auf 14 Jahre  
2 und der Herabsetzung der Mindestzahl an Unterstützer\_innen für einen Antrag auf  
3 ein Prozent der Einwohner\_innen sind geeignete Maßnahmen, um es Jugendlichen  
4 zu erleichtern, sich an einen Einwohnerantrag zu beteiligen.<sup>6</sup>

- 5 • Wir fordern eine konsequente Jugendbeteiligung bei Dorf- und Stadterneuerungen.  
6 Jugendliche müssen bei Planungen im eigenen Lebensumfeld berücksichtigt wer-  
7 den.
- 8 • Wir fordern Schulungsangebote für Kommunalpolitiker\_innen im Hinblick auf einen  
9 lebensweltadäquaten Umgang mit Jugendlichen in ihrem Entscheidungsbereich.

### 11 **Absenkung des Wahlalters**

12 Das Wahlrecht ist das zentrale Instrument der persönlichen Mitbestimmung unserer Demo-  
13 kratie. Es muss in einer sich verändernden Gesellschaft weiterentwickelt werden, um de-  
14 ren Zukunftsfähigkeit zu sichern. Wir setzen uns seit Jahren dafür ein, eine wirksame Be-  
15 teiligung Jugendlicher durch die Absenkung des Wahlalters zu ermöglichen. Hierdurch  
16 würden Entscheidungen im Sinne einer solidarischen Generationengerechtigkeit zukunfts-  
17 gewandter und nachhaltiger, Politiker\_innen würden jungen Menschen rechenschafts-  
18 pflichtig und Parteiprogramme würden an einer größeren Zielgruppe ausgerichtet.

- 19 • Wir fordern erneut die Absenkung des Wahlalters für Kommunal-, Landtags-,  
20 Budestags- und Europawahlen auf 16 Jahre.<sup>7</sup>
- 21 • Wir fordern für Jugendliche ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die seit mindes-  
22 tens zwei Jahren in Deutschland leben, das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren auf  
23 kommunaler Ebene.<sup>8</sup>

#### >> **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich angenommen bei  
41 Ja-Stimmen,  
4 Nein-Stimmen und  
einer Enthaltung

---

Beschlussfassung vorgelegt wird. (vgl. § 17 der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung und § 21 KSVG (Kommunalselbstverwaltungsgesetz des Saarlandes))

<sup>6</sup> Vgl. Dritter Zwischenbericht und Schlussbericht der Enquete-Kommission 16/2 „Bürgerbeteiligung“, Drucksache 16/4444, Landtag Rheinland-Pfalz, S. 51

<sup>7</sup> Vgl. Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung „Absenkung des Wahlalters“, 2006.

<sup>8</sup> „Integration durch Teilhabe“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2007